

# JÜDISCHE ALLGEMEINE

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR, RELIGION UND JÜDISCHES LEBEN



## SORGLOS

Seite 4

Nachts in der Wildnis:  
Feiern im Freien ist der  
neue Trend bei  
Israels Partygängern

## RASTLOS

Seite 9

Der letzte Tycoon:  
Filmproduzent Artur Brauner  
wird 90 Jahre alt –  
eine Würdigung



BERLIN, DEN 31. JULI 2008

28. TAMUS 5768

CH 4,00 SFR

A 2,50 EURO

BENELUX 2,50 EURO

F 2,50 EURO

D 2,20 EURO

63. JAHRGANG

NR. 31

A 1107

## ! EINSPRUCH !

Tobias Kaufmann begrüßt  
einen ostdeutschen  
Politiker im Klub

Und wieder einer. Ulrich Schoeneich, parteiloser Bürgermeister von Templin, ist der nächste in einer Reihe ostdeutscher Kommunalpolitiker, die eine rechtsextreme Szene vor lauter Nazis nicht sehen. Nach dem Mord oder Totschlag an einem obdachlosen 55-Jährigen, den nach Ansicht der Staatsanwaltschaft einschlägig bekannte und ideologisch vorbelastete Gewalttäter verübten, hat Schoeneich sich in den Fettnapf gestürzt, in dem viele seiner Amtskollegen schon sitzen. Seine Stadt habe keine rechtsextreme Szene. Es gäbe aber perspektivlose Jugendliche und zu wenig Polizei, weil die Beamten damit beschäftigt seien, Angela Merkels Ferienhaus zu bewachen.

Diese Kombination aus Ausflüchten, die zugleich auf Einzelgänger verweist und dem Staat die Schuld gibt, ist dumm und dreist. Es gibt in Templin eine Neonazi-Szene – darauf hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm (CDU) hingewiesen, der gewiss kein Hysteriker in Sachen Rechtsextremismus ist. Darüber hinaus muss man nicht im Auftrag der NPD unterwegs sein, um eine Straftat zu begehen, die mit Rechtsextremismus zu tun hat: Es reicht, dass im Hinterkopf ein Welt- und Menschenbild pocht, nach dem Ausländer, Linke, Juden oder „Penner“ wie das Opfer von Templin so wertlos sind, dass man sie totschiessen kann. Milliarden Menschen sind nach deutschen Maßstäben perspektivlos – aber nur spezielle Menschen kommen auf die Idee, ihren Hass und den Wunsch nach einem Gewalterlebnis so in die Tat umzusetzen wie in Templin geschehen.

Über den Reflex des Nichtverstehens hinaus hat Schoeneich eine unzutreffende Attacke gegen Merkel geritten, die – dechiffriert – nichts anderes ist als das Ressentiment gegen „die da oben“, das sich im Nährboden des provinziellen Extremismus heimisch fühlt. Brandenburg hat nicht nur eine stabile rechtsextreme Infrastruktur. Es hat auch eine Szene von Bürgermeistern, die das nicht wahrhaben wollen. Willkommen im Klub, Herr Schoeneich!

Der Autor ist stellvertretender Ressortleiter Online beim Kölner Stadtanzeiger.

### INHALT

#### JÜDISCHE WELT . . . . . 7

Eine Minderheit für alle  
Sarajewos jüdische Gemeinde nach der  
Festnahme von Radovan Karadzic

#### WIRTSCHAFT . . . . . 11

Innovativ traditionell  
Der Immobilienbanker Bernd Knobloch  
wird Aufsichtsratschef der Eurohypo

#### GOTTESDIENSTE . . . . . 15

Schabbat  
Warum Juden nie ihre Heimat vergessen

#### GEMEINDEN . . . . . 19

Standfest  
Nach fast fünf Jahren Bauzeit bekommt  
Krefeld ein Gemeindezentrum

## Freiheit, welche Freiheit?

Warum die Olympischen Spiele für Demokratie und  
Menschenrechte in China keinen Fortschritt bedeuten



Herr der Ringe: Die Staatsmacht nutzt Olympia für ihre Zwecke. Die Spiele sollen dem 1,3-Milliarden-Volk Identität stiften.

Foto: Reuters

VON THOMAS KISTNER

Pekings Spiele werden China verändern, sagt Thomas Bach, sie werden das Land öffnen für Demokratie und Menschenrechte. Das wäre monumental. Doch folgt man dem, was der Vizepräsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) so erzählt, ist auch seine Organisation über jeden Zweifel erhaben, irgendwo zwischen UNO und Heilsarmee. Gefragt, warum die Spiele an Peking vergeben wurden, philosophiert Bach gern von „zwei Denkschulen“ in seinem Gremium: Die einen wollen Spiele nur an Länder vergeben, wo die Menschenrechte schon „voll verwirklicht“ seien. Die anderen wollen dringend Ländern helfen, die auf dem Weg dorthin sind. So setzt sich im IOC ständig eine Wohltäter-Fraktion gegen die andere durch, und in Peking will Bach „mit der Welt ein friedliches und heiteres Fest feiern“.

Solche Märchen glauben nur noch wenige. Das IOC ist ein Interessenverbund aus Hoch- und Geldadel, eiteln Funktionären und obskuren Geschäftemachern, vereint in der Denkschule des Totalkommerzes. Peking wird eine Wirtschaftsmesse der neuen Dimension erleben, dazu die größten Dopingspiele aller Zeiten. Während das IOC Ersteres mit Frömmelerei übertüncht, hält es dem weitflächigen Pharmabetrug eine vermeintlich magische Zahl entgegen: 4.500! So viele Dopingtests wird es geben. Dass diese Tests wenig effektiv sind, weil die Mittel moderner Hightech-Doper gar nicht auffindbar sind, sagen sie nicht. Das Publikum ist ohnehin schon misstrauisch gegenüber der Milliardenindustrie Spitzensport. Umso mehr Wehrhauch schwenkt das IOC, für das ein Hohepriester wie Bach geradezu kongenial ist. Im Ehrenamt hütet

er die moralischen Werte des Sports, beruflich vernetzt der Industrielobbyist deutsche Konzerne mit arabischen.

Weil diesem IOC keine politische Heilkräft eignet, kann das Konzept der Veränderung nicht funktionieren. Auch wenn das nicht immer so war. Richtig ist, dass sich schon 1936 die Welt Entspannung von einer Appeasement-Politik erhofft hatte: Lasst den Irren von Berlin und seine braunen Heil-Scharen ihre minutiös orchestrierten Spiele spielen, damit sie Ruhe geben.

Die Hoffnung ging gründlich in die Binsen. Man hätte es eher wissen können, etwa, als zum Präludium Sinti und Roma aus dem Reich der Spiele vertrieben wurden. Bewirkt haben sie nichts Gutes, die Wochen der Nazi-Nabelschau, nur die späte Bestätigung des Ende 1935 in Paris gegründeten „Internationalen Komitee zur Verteidigung der olympischen Idee“ – das zum Ziel hatte, einen Boykott der Nazi-Spiele zu koordinieren. Doch auch Boykotte fruchteten kaum. 1952 in Helsinki gab es den Boykott Taiwans wegen der Zulassung des kommunistischen China durch das IOC. 1956 in Melbourne fehlten drei Länder wegen des Ungarn-Konflikts und drei wegen der Suez-Krise.

Die Absenz afrikanischer Nationen von den Spielen 1976 in Montreal aufgrund von Südafrikas Apartheidpolitik bewirkte nichts. Wirkung hat wohl nur der Moskauer Boykott 1980 entfaltet. Er blieb in der kollektiven Erinnerung haften: Wer wüsste heute noch, dass die Sowjetunion Ende 1979 in Afghanistan einmarschierte und welchen öffentlichen Preis sie dafür zahlte? Hätten die Sowjets damals nur kurz eingelenkt, um einen Boykott zu vermeiden, danach die Invasion fortgesetzt – die Welt wüsste auch nichts mehr von diesem

Krieg. Zudem war dieser Boykott, so erleben es viele Auslandsreporter, ein Aufbruchsignal für diejenigen, die später die Moskauer Opposition werden sollten. Das Unverständnis war ja groß bei Russlands Athleten, der jungen Funktionärsgarde und allen, die ihre Heimat gut gerüstet für den Weltstreit mit dem Westen gesehen hatten – den Westen, der im Sport damals hauptsächlich aus den Athleten Amerikas und Westdeutschlands bestand, die Moskau fernliebten.

Auch China hätte wohl eher ein Boykott beeindruckt. Ein solcher Affront gegenüber dem asiatischen Giganten hätte die Welt bewegt, er hätte ein neues Licht auf die Konsumprodukte geworfen, die längst die Märkte des Westen unterm Siegel „Made in China“ erobert haben. Vor allem hätte es die Pläne der KP-Bonzen durchkreuzt. Denn aus Pekings Sicht sind diese reine Binnen-Spiele, Olympia soll nach innen wirken, dem 1,3-Milliarden-Volk mit seinen divergierenden Ethnien Identität stiften. Olympia als Bruchband. Der Westen spielt dabei keine Rolle. Warum auch? China thront auf gigantischen Währungsreserven und kauft den Ölmarkt leer, es wird im UNO-Sicherheitsrat hofiert und bleibt in heiklen Konflikten wie der Israel-Iran-Frage unberechenbar.

Kurz vor den Spielen zieht Amnesty International eine düstere Zwischenbilanz. Peking habe das Versprechen, die Spiele für die Verbesserung der Menschenrechte zu nutzen, gebrochen. In fast allen Bereichen sei Verschlechterung festzustellen. Die „stille Diplomatie“ des IOC ist gescheitert – falls es überhaupt eine gab.

Der Autor ist Redakteur der Süddeutschen Zeitung und zuständig für Sportpolitik.

## INTERVIEW

### „Ein Tribunal gegen Israel“

Nasrin Amirsedghi über den Protest gegen eine Antirassismuskonferenz

Frage Amirsedghi, im Jahr 2001 fand im südafrikanischen Durban die UNO-Antirassismuskonferenz statt. 2009 soll es eine Nachfolgekonzferenz in Genf geben, genannt „Durban 2“. Sie protestieren dagegen. Warum?

AMIRSEDGHI: Ich befürchte eine Wiederholung der ersten Konferenz. Dort sollten eigentlich Sklaverei und Kolonialismus als Verbrechen anerkannt werden, doch es wurde zu einem Tribunal gegen Israel und die Demokratie. Zu den Akteuren gehörten islamische und kommunistische Diktaturen, die Israel als rassistischen Staat anprangerten. Das Beschämende ist, dass viele europäische Politiker nicht dagegen protestiert haben. Und die Präsidentschaft der Konferenz in Genf haben Iran und Syrien. Absurd!

#### Was wollen Sie tun?

AMIRSEDGHI: Im Juni bin ich auf den Essay „Boycott Durban 2!“ des französischen Philosophen Pascal Bruckner aufmerksam geworden. Dabei kam ich auf die Idee, in Anlehnung an seinen Aufruf mit zwei Kollegen eine Unterschriftenaktion zu organisieren. Nun wollen wir mit mehr als 30 Journalisten, Publizisten, Wissenschaftlern und Künstlern aus Europa, den USA und dem Nahen Osten an die Öffentlichkeit gehen.

#### Wann wird das sein?

AMIRSEDGHI: Am 1. August starten wir die Aktion mit einem Internetaufruf (<http://boycottedurban2.wordpress.com>), um bis Februar 2009 weitere Unterschriften zu sammeln. Mitte Februar soll dann dieser Appell, vor der Konferenz im April, der Bundesregierung und Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten übergeben werden.

#### Wer gehört zu den Erstunterzeichnern?

AMIRSEDGHI: Etwa der schwedische Autor Lars Gustafsson, die Historiker Jeffrey Herf und Benny Morris, der portugiesische Europaabgeordnete Paulo Casaca, die Schriftsteller Peter Schneider und Ralph Giordano, die Rechtsanwältin Seyran Ates, die Soziologin Necla Kelek – und Pascal Bruckner.

#### Was erhoffen Sie sich von dem Appell?

AMIRSEDGHI: Es ist sicher illusorisch zu glauben, dass Politiker durch solche Appelle umzustimmen sind. Dann hätten sie schon auf die Kritik an der ersten Durban-Konferenz reagieren müssen. Meine Hoffnung ist eher, die Zivilgesellschaft aufmerksam zu machen. Andererseits wollen wir den Politikern zeigen, dass wir ihr faules Schweigen nicht hinnehmen.

#### Mit der Philologin und Filmwissenschaftlerin sprach Ingo Way.



Nasrin Amirsedghi

Foto: privat

